# HEINRICH LÜBKE (1894–1972)

Von Rudolf Morsey

I.

Die in wenigen Artikeln unseres Grundgesetzes¹ fixierten Rechte und Pflichten des Bundespräsidenten hat Theodor Heuss zu Beginn seiner Amtszeit 1949 als dürres "Paragraphengespinst" bezeichnet; es müsse mit Leben – in den Worten von Heuss: "mit einem Menschentum" – gefüllt werden.² Diese Aufgabe haben die bisherigen sechs Amtsinhaber auf unterschiedliche Art und Weise erfüllt. Jeder von ihnen setzte andere, eigene Akzente, aber nur einer war bestrebt, von vornherein die Grenzen dieses Amtes zu sprengen: Heinrich Lübke.

Entsprechende Ansätze in dieser Richtung riefen damals wie später Kritiker auf den Plan, Publizisten und Wissenschaftler. Jeder Staatsrechtslehrer hat sich irgendwann einmal auch über Amt und Kompetenzen, über "Sinn" und Grenzen des Verfassungsorgans Bundespräsident geäußert. Das geschah überwiegend im Sinne einer Tradierung jenes Hindenburg-Komplexes, der die Schöpfer des Grundgesetzes begleitet hatte. Sie vermachten 1949 der Bundesrepublik Deutschland eine stumpfe und keine "stählerne Spitze".

Ein Staatsrechtler allerdings schätzte die Einflußmöglichkeiten des Staatsoberhaupts anders ein: Denn diese – so diagnostizierte er 1970 – "beruhen nur zum geringsten Teil auf verfassungsrechtlichen Befugnissen und sind noch seltener verfassungsrechtlich sanktioniert. Häufig beruhen sie einfach auf der selbstverständlichen Autorität seines Amtes, die er, wenn die Bundesversammlung bei seiner Wahl gut beraten ist, durch die Autorität einer integren und allgemein anerkannten Persönlichkeit nahezu ins Ungeahnte zu steigern vermag." Dieses Zitat stammt von Roman Herzog.<sup>3</sup> Mit der Erinnerung an ein derart jugendlich-waghalsiges Urteil über das wohl schwierigste Amt in unserem Gemeinwesen will ich seinen Autor keineswegs etwa zu einem Kommentar verlocken. Mein Hinweis auf die Fülle einschlägiger juristisch-dogmatischer Kommentare, also auf personenunabhängige Literatur, soll nur einen

- <sup>1</sup> Es handelt sich um die erheblich erweiterte Niederschrift eines Vortrags, der aus Anlaß des Gedenkens an den hundertsten Geburtstag Lübkes am 14. Oktober 1994 im "Heinrich-Lübke-Haus" in seinem Geburtsort Enkhausen (Ortsteil von Sundern) gehalten worden ist, in Anwesenheit von Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog. Diesem Text liegen seit 1984 veröffentlichte einschlägige Vorarbeiten des Verfassers zugrunde. Zuletzt erschien: Die letzten Jahre Heinrich Lübkes als Bundespräsident, in: Der demokratische Verfassungsstaat, hg. von Oscar W. Gabriel u. a., München 1992, S. 229–250. Ich verzichte im folgenden auf den durchgehenden Nachweis von Belegen abgesehen von einzelnen Zitaten –, da ich beabsichtigte, auf der Grundlage umfangreicher archivalischer Studien demnächst eine Biographie Lübkes vorzulegen.
- <sup>2</sup> Theodor Heuss, Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert von Martin Vogt, Tübingen 1984, S. 377.
- <sup>3</sup> Entscheidung und Gegenzeichnung, in: Festschrift für Gebhard Müller zum 70. Geburtstag, hg. von Theo Ritterspach und Willi Geiger, Tübingen 1970, S. 130.

Negativbefund anderer Art verdeutlichen. Denn bis heute fehlen vergleichbare historische Untersuchungen über die Rolle und Amtsführung des Staatsoberhaupts in unserer Kanzlerdemokratie, <sup>4</sup> gibt es nicht eine einzige historisch-kritische Biographie über einen der bisherigen Präsidenten. <sup>5</sup> Mit Abstand am wenigsten ist über Heinrich Lübke bekannt, und dieses Wenige nicht selten mit negativen Erinnerungen belastet oder überlagert. Das ist zum Teil die Folge einer Verleumdungskampagne der SED, von der noch die Rede sein wird.

Der zweite Bundespräsident hat es aber auch seinerseits potentiellen Biographen nicht leicht gemacht, er hat weder Tagebuch geführt noch Memoiren geschrieben. Seine eigenen Unterlagen aus den ersten fünf Jahrzehnten seines Lebens sind bei der mehrfachen Zerstörung seines Hauses in Berlin-Marienfelde 1944/45 verloren gegangen. Erhalten sind nur wenige private Quellen, die teilweise erst kürzlich entdeckt wurden, darunter Lübkes Abiturzeugnis von 1913 und Teile der Korrespondenz mit seiner Frau aus den 20 Monaten seiner Berliner Gefängnishaft von 1934/35 sowie einige Briefe aus den Jahren 1941. Etliche Briefe, die er während seiner Haftzeit an seine Frau geschrieben, und andere, die sie an ihren Mann gerichtet hat, sind vom zuständigen Untersuchungsrichter wegen "unzulässiger Kritik" am Vorgehen der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden (und auf diese Weise in deren Akten erhalten geblieben).

Nach 1946 hat Lübke seinen eigenen Lebensweg zwar häufig, aber immer nur in einer extrem verkürzten Form offengelegt, zuerst im Handbuch des ersten gewählten Landtags von Nordrhein-Westfalen 1947. Noch in seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 15. September 1959 übersprang er in der knappen Wiedergabe seiner Vita ganze Etappen. Dabei hatte er nicht etwa eine politische Vergangenheit zu verschweigen oder zu "bewältigen". Wohl aber spiegelt sich auch in seinem Lebensweg die Problematik, vor die sich ein großer Teil seiner Generation gestellt sah: in eindeutiger Distanz das "Dritte Reich" zu überleben, gleichwohl aber in die Zwänge der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft verstrickt zu werden.

Dem Sauerländer Lübke lag es nicht, über sich und seine Arbeit, seine Familie und sein privates Umfeld zu sprechen. Er blieb zeitlebens bestrebt, die von seinem jeweiligen Amt geforderten Aufgaben pflichtgetreu und sachgerecht zu erledigen; er richtete seinen Blick stets nach vorn. Im späteren Leben erschwerte es ihm eine alters- und krankheitsbedingte Gedächtnisschwäche, sich an Einzelheiten seiner früheren beruflichen Tätigkeit zu erinnern.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Dazu vgl. Rudolf Morsey, Der Bundespräsident in der Kanzlerdemokratie. Amtsverständnis, Amtsführung und Traditionsbildung von Theodor Heuss bis Walter Scheel (1949–1979), in: Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1988, Köln 1989, S. 22–43. Zuletzt: Wolfgang Jäger, Wer regiert die Deutschen?, Osnabrück 1994. Darin das Kapitel "Die Bundespräsidenten – Einheit von symbolischer Politik und politischem Handeln?", S. 138–142.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Die Monographie von Günther Scholz, Die Bundespräsidenten, Biographie eines Amtes (Heidelberg 1990), ist nur in der zweiten, aufgrund meiner Kritik durchgehend überarbeiteten Auflage von 1992 überhaupt zu benutzen. Die Erstauflage enthielt eine solche Fülle von Fehlern (aller nur denkbaren Art), daß ich empfohlen hatte, sie einzustampfen. Vgl. Rudolf Morsey, "Die Bundespräsidenten". Eine ärgerliche Neuerscheinung mit einer Rekord-Fehlerquote: Die Verwaltung 24 (1991), S. 65–71. Scholz kennt nur einen Teil der (ohnedies spärlichen) Literatur über Lübke.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. September 1959, S. 1706 (künftig: Bulletin).

II.

Als Bundespräsident war Heinrich Lübke das Gegenteil seines Vorgängers in diesem Amt. Theodor Heuss: ein liberaler Humanist, ein Repräsentant des südwestdeutschen, protestantisch-städtischen Bildungsbürgertums,<sup>7</sup> Lübke hingegen ein Aufsteiger aus der ländlichen Bildungsreserve des katholischen Sauerlands. Er wurde am 14. Oktober 1894 in Enkhausen geboren, das damals 15 Häuser zählte (und seit 1975 Ortsteil von Sundern ist), und war der Zweitjüngste von acht Geschwistern, von denen drei früh gestorben sind. Sein Vater, Schuhmachermeister Friedrich Lübke (1855–1902), aus dem benachbarten Langscheid, hatte in Enkhausen eingeheiratet. Mit seiner Frau Caroline, geb. Becker (1859–1921), betrieb er gleichzeitig eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft. Die Kinder mußten frühzeitig in Haus und Garten mithelfen.

Der Vater starb bereits 1902. Bei der Sorge um die Familie wurde die Mutter vom ältesten Sohn Franz – er ist 1916 im Krieg gefallen – unterstützt. Er führte das väterliche Geschäft fort und förderte die früh erkennbaren literarischen und musikalischen Interessen seines 13 Jahre jüngeren Bruders Heinrich. Dieser wuchs in einer "ländlischen Welt mit ihrem einfachen, vielfach schweren Leben, aber auch ihren Schönheiten" auf (15. September 1959) und blieb zeitlebens von diesen Erfahrungen bestimmt: christlich und agrar-sozial geprägt. Besonders verbunden blieb er seinem um sieben Jahre älteren Bruder Friedrich Wilhelm, dem späteren Seefahrer und Kapitänleutnant, nach dem Ersten Weltkrieg Landwirt in der Nähe von Flensburg, von wo aus er mit Heinrich Lübke im kleinbäuerlichen Verbandswesen zusammenarbeitete. Später Bestsellerautor von Jugendbüchern, gehörte Friedrich Wilhelm Lübke 1945 zu den Mitgründern der CDU in Schleswig-Holstein, das er schließlich (1951–1954) als Ministerpräsident regierte.

Während seiner Grundausbildung in der einklassigen dörflichen Volksschule wurde Heinrich Lübke vom katholischen Ortsgeistlichen Josef Haselhorst durch privaten Unterricht so weit gefördert, daß er mit 14 Jahren in die Untersekunda des Progymnasiums in Werl eintreten konnte. Von dort aus schaffte er 1910 den Sprung zum Gymnasium Petrinum in Brilon. Dort bestand er 1913 sein Abitur, mit einem bemerkenswert gleichmäßig-mäßigen Ergebnis: in sämtlichen Fächern mit "genügend". Lübkes Absicht, sich "dem Bankfache zu widmen", scheint nicht ernst gewesen zu sein. Denn unmittelbar nach dem Abitur begann er ein einjähriges Praktikum beim Stadtvermessungsamt in Menden. Es war die Voraussetzung für ein Studium der Geodäsie, Landwirtschaft und Kulturbautechnik, das er im Sommersemester 1914 an der Landwirtschaftlichen Akademie in Bonn begann. Lübke hatte gerade das erste Semester beendet, als der Erste Weltkrieg begann.

Am 1. August 1914 kletterte der in das Elternhaus nach Enkhausen zurückgekehrte Student im nahegelegenen Neheim-Hüsten auf eine dort zufällig wartende Lokomotive, um sich so schnell wie möglich als Freiwilliger in Köln melden zu können. Er wurde als Artillerist ausgebildet und zunächst in Ostpreußen, seit Herbst 1915 an der Westfront eingesetzt, wo er Verschüttung und Gasvergiftung überlebte. Seit 1916 Leutnant d.R., wurde er mit dem Eisernen Kreuz 2. und 1. Klasse ausgezeichnet. Noch als Bundespräsident lud er alljährlich

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Zuletzt: Horst Möller, Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990.

<sup>8</sup> Wilfried Lagler, Friedrich Wilhelm Lübke, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 15, Berlin 1987, S. 441 f.

frühere Kriegskameraden in die Villa Hammerschmidt ein, hielt aber ebenso die Verbindung zu seinen Konabiturienten aufrecht.

Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst, Mitte Dezember 1918, erholte sich Lübke in Enkhausen und setzte zum Sommersemester 1919 sein Studium in Berlin fort, an der Landwirtschaftlichen Hochschule und an der Universität. Nach Bonn wollte er nicht zurück, weil er mit einer längeren Dauer der inzwischen erfolgten Besetzung des linksrheinischen Gebiets durch Truppen der Siegermächte rechnete. An der Berliner Universität förderten vor allem zwei bedeutende Agrarwissenschaftler bzw. Siedlungsexperten seine Ausbildung: Friedrich Aereboe (1865–1942) und Max Sering (1857–1939). Lübke absolvierte 1921 sein Examen und erhielt das Diplom als Vermessungs- und Kulturingenieur. Kenntnisse und Neigung drängten ihn in Richtung einer beruflichen Tätigkeit im Bereich der landwirtschaftlichen Siedlungsbewegung. Sie war im Gefolge des "Reichssiedlungsgesetzes" vom 11. August 1919 rasch aufgeblüht. Dabei ging es um eine umfassende "innere Kolonisation", eingeschlossen die Ansiedlung nachgeborener Bauernsöhne aus West- und Südwestdeutschland auf Gutsflächen in ostelbischen Provinzen Preußens.

Seine erste berufliche Aufgabe fand Heinrich Lübke allerdings im kleinbäuerlichen Organisationswesen, und zwar als Geschäftsführer des "Westfälischen Pächter- und Siedlerbunds" in Münster, den der Regierungslandmesser Ernst Meincke gegründet hatte und leitete. Lübke redigierte auch die Verbandszeitschrift "Der Pächter" und studierte drei Semester lang in Münster Volkswirtschaft, ein Zweitstudium, das er dann nicht mehr beendete. 1923 übersiedelte er nach Berlin, das ihm bald zur zweiten Heimat wurde. In den folgenden Jahren wirkte er daran mit, eine Reihe regionaler Organisationen von Kleinbauern und Pächtern zu einer "Hauptgenossenschaft landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe" zusammenzuschließen. Daraus entstand 1926 der "Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinund Mittelbetriebe e.V.", den Lübke als Geschäftsführer leitete. Dieser Verband schloß sich bereits ein Jahr später mit anderen Regionalverbänden zur "Deutschen Bauernschaft e.V." zusammen. In deren Geschäftsführung teilte sich Lübke mit Artur Müller vom bisherigen "Deutschen Bauernbund". 1927 gründete dieser e.V. eine gemeinnützige "Siedlungsgesellschaft Bauernland AG", die Lübke als Vorstandsmitglied leitete. Zwei Jahre später übernahm er zusätzlich noch die Geschäftsführung einer von ihm ins Leben gerufenen "Wirtschafts- und Treuhandstelle der Deutschen Bauernschaft" ("Witreu"). Sie vermittelte und verwaltete staatliche Kredite zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und zur Finanzierung von Siedlerstellen. Lübke war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Heimbank A. G. – der Hausbank der "Deutschen Bauernschaft" – ferner stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der 1930 gegründeten Kölner "Görreshaus AG" und betätigte sich, als begeisterter Anhänger von Adolf Damaschke, aktiv im Vorstand des Bundes deutscher Bodenreformer, war also ein vielbeschäftigter Verbandspolitiker.

Durch seine erfolgreiche Interessenvertretung und Arbeit, die auch zur Gründung mehrerer tausend neuer Siedlerstellen führte, und seinen Einsatz zur Stützung der Regierung Brüning zog er sich die Gegnerschaft großbäuerlicher Interessenvertretungen zu, seit 1932 auch die der Nationalsozialisten. Sie bekämpften ihn als "Bodenreformer" und "roten Lübke". Am 15. Juni 1959 erklärte Lübke einmal, er habe in der Deutschen Bauernschaft für "diejenigen gearbeitet, die es im Rahmen des landwirtschaftlichen Berufsstandes am schwersten" gehabt

hätten, und er habe "auch späterhin – obwohl mir sehr häufig der Vorwurf gemacht worden ist – gerade diese Gruppe der kleinen und mittleren Landwirte nicht vergessen".

Der überzeugte Anhänger der Republik und der Großen Koalition in Preußen trat 1930 der Deutschen Zentrumspartei bei. Im Frühjahr 1932 gelang es ihm, nachdem er 1930 auf der Reichswahlliste des Zentrums nicht zum Zuge gekommen war, den sechsten Platz auf der Landesliste der Zentrumspartei in Preußen zu erreichen. Gegen seine Aufstellung hatten die großbäuerlichen Interessenvertretungen im Westen, der Rheinische und der Westfälische Bauernverein, vergeblich bei der Parteiführung protestiert. Am 24. April 1932 wurde Lübke in den Landtag gewählt. Das neue Parlament blieb jedoch nach dem Erdrutsch-Sieg der NSDAP, die die Zahl ihrer Mandate von 8 auf 162 vervielfachen konnte (36,3 Prozent), aktionsunfähig. Lübke vertrat seine Zielsetzungen auch in zahlreichen Aufsätzen und Reden, die er – von seiner Ausbildung her ein Zahlenfanatiker – jeweils mit Statistiken und Tabellen absicherte, häufig aber auch überfrachtete.

Seit 1929 war Lübke mit Wilhelmine, geb. Keuthen, verheiratet und hatte mit ihr ein Haus in Berlin-Marienfelde gekauft. Sie entstammte einer kinderreichen Familie aus Ramsbeck, kaum mehr als 40 km von Enkhausen entfernt. Ihr früh verstorbener Vater war Büroleiter der dortigen Filiale einer Bergwerksgesellschaft. Wilhelmine hatte das Lehrerinnenseminar in Paderborn absolviert und, nach kurzer Lehrtätigkeit und nach einer für Frauen ohne Abitur damals noch erforderlichen Ergänzungsprüfung, an der Universität Münster Deutsch und Mathematik studiert und diese Fächer seit 1914 als Studienrätin an einem Mädchengymnasium in Berlin-Schöneberg unterrichtet. Die Eheleute hatten sich 1922 in Berlin kennengelernt, allerdings nicht – wie bisher stets zu lesen – bei einer Veranstaltung der dortigen Sektion des Sauerländischen Gebirgsvereins. Wilhelmine – fast zehn Jahre älter als ihr Mann und außerordentlich sprachbegabt – gab ihren Beruf nach der Heirat auf und wurde ihrem Mann zu einer wesentlichen Stütze. Die Ehe blieb kinderlos.

Die einzige ausführlichere Beschreibung, die wir vom Lübke der frühen dreißiger Jahre besitzen, stammt aus der Feder des Berliner Wirtschaftsjournalisten Erwin Topf. Er hat den einflußreichen Verbandspolitiker und Abgeordneten als einen ganz und gar "unbäuerlichen" Typ charakterisiert; mit einer (jedenfalls aus dem Rückblick überraschenden) Folgerung: "Er könnte, mit der etwas forciert-soliden Eleganz seiner persönlichen Erscheinung, am ehesten noch eine literarische Erfindung von Thomas Mann sein."

#### III.

Als diese Würdigung im Frühjahr 1933 erschien, hatte für den derart apostrophierten Lübke bereits eine Leidenszeit begonnen. Er bekam rasch den Terror der neuen Machthaber zu spüren. Am 1. April 1933 vorübergehend verhaftet – obwohl Mitglied des am 5. März 1933 neu gewählten Preußischen Landtags –, erlebte Lübke wenige Wochen später die Zerschlagung der "Deutschen Bauernschaft". Als Direktor der "Siedlungsgesellschaft Bauernland", die sich inzwischen in finanziellen Schwierigkeiten befand, konnte er noch weiterarbeiten, bevor er am 5. Februar 1934 auf der Straße verhaftet wurde. Der gegen ihn erhobene Vorwurf

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Die Grüne Front, Berlin 1933, S. 136.

lautete: Beseitigung von Urkunden im Zusammenhang mit unsachgemäßer Verwendung staatlicher Mittel zur Rationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens. Solche Gelder waren auch über und für die von Lübke betreuten Organisationen gezahlt worden. Das Verfahren gegen ihn lief unter dem Stichwort "wichtige Korruptionssache", also als ein politisches Delikt, das die Nationalsozialisten anfangs in zahllosen Fällen nutzten, weil es auch propagandistisch wirksam war, um mißliebige Regimekritiker zu erledigen.

Lübke wurde am 19. März 1934 als Direktor seiner Siedlungsgesellschaft entlassen und blieb ohne Einkommen. Er verbrachte insgesamt 20 Monate in drei Berliner Gefängnissen, zuletzt in Plötzensee, dort in unmittelbarer Nähe der Hinrichtungsstätte. In das Verfahren wurde auch sein Bruder Friedrich Wilhelm verwickelt, der deswegen 32 Tage verhaftet blieb, nachdem er im März von einer mehrmonatigen Reise nach Brasilien zurückgekehrt war. Dort hatte er für sich und für seinen Bruder die Möglichkeit erkundet, Land zu erwerben, um dann nach Südamerika zu emigrieren. Die Korrespondenz Friedrich Wilhelm Lübkes mit seiner Frau Sophie war von der Gestapo zensiert worden. Deren Kenntnis nutzte die Berliner Anklagebehörde auch im Verfahren gegen Heinrich Lübke. So lehnte sie dessen wiederholte Anträge auf Haftentlassung u. a. mit der Begründung ab, es bestehe "Fluchtgefahr ins Ausland".

Die Staatsanwaltschaft dehnte das Verfahren gegen ihn (und weitere seiner früheren Mitarbeiter) ins Uferlose aus. Sie verhörte Dutzende von Zeugen, darunter Reichsminister und preußische Minister, und nahm Haussuchungen bei etwa 70 Personen vor; Lübke selbst wurde 48mal vernommen. Da sein ebenfalls angeschuldigter Mitgeschäftsführer bei der "Deutschen Bauernschaft", Artur Müller (SPD), inzwischen in die Tschechoslowakei emigriert war, wurde Lübke auch die jahrelang von Müller betreute – angeblich nicht korrekte – Buchführung über die Verwendung der staatlichen Mittel ("Umweltfinanzierung") zur Last gelegt. (Müller, der später nach Brasilien emigrierte, hat 1959 die untadelige politische Haltung Lübkes bezeugt.) Die Staatsanwaltschaft nahm seine Einkommensverhältnisse und die seiner Frau, zurück bis 1923/24, unter die Lupe, ohne Anhaltspunkte für ihren Verdacht auf persönliche Bereicherung zu finden. Trotz massiven Drucks der Staatsanwaltschaft blieb Lübke in einem Punkt allerdings schweigsam: Er weigerte sich, die Verwendung jener 70 000 RM offenzulegen, die er im April 1932 vom Preußischen Innenminister Severing (SPD) – der deswegen ebenfalls als Zeuge vernommen wurde – erhalten hatte. Entsprechende Summen waren auch den drei demokratischen Parteien in Preußen und anderen demokratischen Organisationen zur Verfügung gestellt worden, um damit bei ihren Mitgliedern die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zu propagieren und so die Kandidatur Hitlers zu verhindern.

Schließlich verlor die Anklagebehörde angesichts der verschachtelten, gleichzeitig in Personalunion von Lübke geleiteten oder betreuten Organisationen, Genossenschaften und Banken den Überblick und resignierte. Im Oktober 1934 beantragte sie die Einstellung des Verfahrens, die dann die zuständige Strafkammer des Landgerichts Berlin verfügte. Das allerdings geschah unter Bezugnahme auf zwei Amnestien aus den Jahren 1932 und 1934, die mit den konkreten Vorwürfen wenig zu tun hatten. Da sein Verfahren ohne förmliche Anklageerhebung abgeschlossen worden war, erhielt Lübke keine Entschädigung für die Haft oder auch nur für seinen Verdienstausfall. Er besaß nicht einmal die Möglichkeit, Revision einzulegen. Deswegen blieb so viel an ihm "hängen", daß drei Jahrzehnte später Kommunisten in der DDR und Sympathisanten in der Bundesrepublik entsprechende Vorwürfe gegen den Bundespräsidenten erneuern konnten.

Die 20 Monate Haftzeit bedeuteten für Lübke wie für seine Frau eine "grausame Quälerei". In dieser Zeit war sein bisher rötlich schimmerndes Haar weiß geworden, hatte der nunmehr 41 jährige fast ein Drittel seines Körpergewichts verloren. Er war seelisch zermürbt und — wie auch seine Frau — gesundheitlich schwer geschädigt. Wilhelmine Lübke hatte in diesen Monaten Mut und Klugheit bewiesen, die drastisch eingeschränkten Besuchsmöglichkeiten, geschickt genutzt und zahllose Freunde ihres Mannes zur Hilfestellung mobilisiert. Sie war häufig bei der Staatsanwaltschaft und beim Untersuchungsgericht vorstellig geworden, auch beim preußischen Justizminister. Sie hatte sich finanziell durch Privatunterricht über Wasser gehalten.

Lübke hat während seiner Haftmonate viel gelesen, auch sein Englisch aufzufrischen gesucht, schließlich eine neuartige Sämaschine konstruiert. Sie erwies sich jedoch als Flop, während er gehofft hatte, für seine Erfindung ein Patent zu erreichen. Nach 1945 hat er über die Zeit, in der er die Berliner Gefängnisse "von innen und außen kennengelernt" hatte, kaum je gesprochen. In einer späteren Ansprache als Bundespräsident von 1965 heißt es einmal: "Wer bei den Nationalsozialisten eine Haft . . . durchgemacht hatte, der war still, wenn er nach Hause kam." Die folgenden anderthalb Jahre blieb Lübke ohne Arbeit und Einkommen. Er erholte sich auf dem Bauernhof seines Bruders Friedrich Wilhelm in Augaard bei Flensburg. Nach 1949 hat er seine erheblichen finanziellen Einbußen in den dreißiger Jahren zwar möglichst genau zu beziffern versucht, aber auf eine Wiedergutmachung verzichtet.

Mitte 1937 erhielt Lübke die Möglichkeit zu einer neuen beruflichen Betätigung, und zwar in einer Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft in Berlin. In seiner neuen Tätigkeit habe er "recht erfolgreiche Arbeit leisten" können, urteilte er 1952 rückblickend. Der Regimegegner, frühere Zentrumsabgeordnete und Leutnant d. R. wurde 1937, 1938 und 1939 zu Wehrübungen nach Brandenburg einberufen, obwohl er das Wehrbezirkskommando in Berlin auf seine "Vorstrafe" hingewiesen hatte. Solche Ungereimtheiten gehörten zu den Widersprüchlichkeiten des Alltags im "Dritten Reich". 1942 wurde Lübke sogar noch zum Hauptmann d. R. befördert, ohne daß er inzwischen erneut Wehrdienst geleistet hatte.

Nach Kriegsbeginn wechselte Lübke auf Anregung von Walter Schlempp in dessen Berliner Architekten- und Ingenieurbüro über. Schlempps gesamte Belegschaft wurde als "Baugruppe Schlempp" dem Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt unterstellt. Diese Behörde leitete Hitlers Stararchitekt Albert Speer, ab 1942 Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion. Die "Baugruppe Schlempp" plante und überwachte den Bau ziviler und militärischer Anlagen, zunächst auf dem Raketenversuchsgelände in Peenemünde, nach dessen Zerstörung dann, ab 1944, in Sachsen-Anhalt. Dort war "Bauleiter" Lübke auch an der Errichtung unterirdischer Flugzeugfabriken ("Jägerprogramm") beteiligt. Schlempps Baugruppe besaß keinen Einfluß auf die Belegung der unter ihrer Aufsicht erstellten Baracken-Unterkünfte auch mit Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 sollte auch Lübke, wie alle ehemaligen Zentrumsabgeordneten, verhaftet werden. Er konnte sich jedoch dieser Verhaftung entziehen, vermutlich durch vorübergehendes Ausweichen auf eine Baustelle in Süddeutschland. Wilhelmine Lübke übersiedelte in ihre sauerländische Heimat.

Anfang April 1945 gelangte Lübke durch einen Sonderauftrag Speers nach Westdeutschland. Der Rüstungsminister hatte seinen vertrauten Mitarbeiter Rudolf Wolters dazu ausersehen, zusammen mit Lübke – in Vertretung von Schlempp, der Mitte 1944 in die Tschechoslowakei

versetzt worden war – in Nordwestdeutschland einige Außenstellen bzw. Ausweichbüros einzurichten. Speer rechnete damit, nach Kriegsende den Siegermächten beim Wiederaufbau der Ruinenstädte unentbehrlich zu sein. Heinrich Lübke bewog Wolters dazu, mit ihm das bevorstehende Kriegsende nicht in einem solchen Ausweichlager in Höxter oder Rendsburg abzuwarten, sondern auf dem Hof seines Bruders Friedrich Wilhelm in der Nähe von Flensburg. Dort "überlebten" beide in sechswöchiger Ruhestellung den Untergang des "Dritten Reiches" und die Besetzung Nordwestdeutschlands durch britische Truppen. Eine von ihnen – gemeinsam mit einem Flensburger Verleger – geplante Verlagsgründung in Flensburg kam nicht zustande.

#### IV.

Der frühere Zentrumsabgeordnete und Regimegegner brauchte 1945 oder später nicht "entnazifiziert" zu werden. Seit Ende Mai leitete er in Höxter a. d. Weser, wo er sich im April nur einen Tag lang aufgehalten hatte, um eine von Speers "Außenstellen" einzurichten, ein Baubüro. Wolters setzte sich rasch in seine zerstörte Heimatstadt Coesfeld ab, mit deren Wiederaufbau er betraut wurde, und begann bald eine Karriere als Städtebauer.

Das "Baubüro Lübke" plante und überwachte zunächst den Wiederaufbau der zerstörten Weserbrücke in der Stadt. Außenstellen entstanden in Düren, Münster und Frankfurt a. M. Noch 1945 schloß sich Lübke der neu gegründeten CDU an, "geworben" von Josef Kannengießer. 10 Am 30. April 1946 berief ihn die britische Militärregierung in einen von ihr geschaffenen beratenden westfälischen Provinzialrat in Münster unter Oberpräsident Rudolf Amelunxen. In diesem Gremium war Lübke Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Bodenreform sowie des Ausschusses für Wiederaufbau. Er trat rasch als Agrar- und Siedlungsexperte seiner Partei in Erscheinung. Auf dem ersten Parteitag der westfälischen CDU vom 17. bis 19. Mai 1946 in Recklinghausen referierte er über Siedlungsfragen. Im Juni gehörte er in Bad Nenndorf zu den Wiedergründern der "Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation", deren Vorsitz er wenig später übernahm. Sie erstrebte eine umfassende Siedlung auf Kosten des Großgrundbesitzes.

Ab Oktober 1946, nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen, gehörte Lübke zu den von der Militärregierung berufenen Mitgliedern des ernannten Landtags in Düsseldorf. Zu diesem Zeitpunkt war er innerhalb der von Johannes Gronowski geführten westfälischen CDU bereits als Vorkämpfer einer "neuen Siedlungspolitik" bekannt. Seine Ziele hatte er in einer von der CDU veröffentlichten Broschüre<sup>11</sup> näher ausgeführt: es gelte, angesichts der "geschichtlich beispiellosen Notlage Deutschlands" für die Flüchtlinge und Vertriebenen

Lübke soll, wie Dr. J. Kannengießer, Osnabrück, mir einmal mündlich mitgeteilt hat, zunächst der SPD zugeneigt haben. Vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke, in: Städte nach zwei Weltkriegen, hg. von Walter Först, Köln 1984, S. 161. In der Dissertation von Ludwig Hügen, Das Gesetz "für die Wolfsschlucht". Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949, Essen 1991, S. 20, hat Hügen, ohne Beleg, von "anfänglichen Sympathien (Lübkes) für die SPD" berichtet, bevor er sich "bereits 1945" der CDU angeschlossen habe. Auch auf eine schriftliche Anfrage von mir konnte der Verfasser seine Aussage nicht belegen.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Grundlage einer neuen Siedlungspolitik, Recklinghausen 1946.

möglichst viele kleine Siedlerstellen zu errichten und so auch die Ernährung der Bevölkerung zu sichern; die für diese Zwecke benötigte Landgewinnung sollte mit Hilfe einer durchgreifenden Bodenreform, durch Abgaben von privatem und kirchlichem Besitz wie von dem aus öffentlichen Händen, erreicht werden.

Diese Zielsetzung konnte Lübke in den folgenden sechs Jahren nur teilweise umsetzen. Seit dem 6. Januar 1947 gehörte er als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Landesregierung in Düsseldorf, zunächst noch unter Rudolf Amelunxen, seit Mai 1947 unter Karl Arnold (CDU), an. Die Zeit bis zur Währungs- und Wirtschaftsreform im Juni 1948 war ein einziger aufreibender Kampf mit der Besatzungsmacht und den Regierungen der übrigen Länder, mit der Zweizonenverwaltung in Frankfurt, mit regionalen Bauernverbänden und mit der verbreiteten Schwarzmarkt-Mentalität. Dabei ging es um die Verteilung des Mangels und der Not zur Sicherung der Lebensmittelversorgung im größten und industriereichsten Land und um den Wiederaufbau der weithin zerstörten Landwirtschaft.

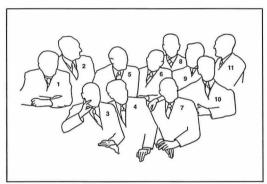
Lübke bewies im Ringen um die Erhöhung der Lebensmittelerzeugung und -zuteilung, bei der Eingliederung von Flüchtlingen und von vertriebenen Landwirten, aber auch beim Interessenausgleich innerhalb des Kabinetts wie innerhalb seiner eigenen Fraktion Sachverstand und Durchsetzungsvermögen. Er blieb bestrebt, den widerstreitenden Interessen der Erzeuger wie denen der hungernden Verbraucher gerecht zu werden. Er scheute sich nicht, die Militärregierung immer wieder und in teilweise massiver Form an ihre Verpflichtung zu erinnern, die Deutschen nicht verhungern und die junge Demokratie nicht zerstören zu lassen. Im Juni 1947 referierte er auf der ersten und einzigen (gescheiterten) Konferenz der Ministerpräsidenten der vier Zonen in München über die Ernährungslage. Als zu Weihnachten 1947 eine Versorgungskatastrophe drohte, erklärte Lübke seinen Rücktritt, den das Kabinett jedoch ablehnte.

Anstelle eines ineffizienten Kontrollsystems gegenüber den Bauern setzte der Ressortchef ein wirkungsvolleres Prämiensystem ("freie Spitzen") als Gegenleistung für höhere Ablieferungen der Landwirte durch. Seine Vorstellungen einer maßvollen Bodenreform zur rascheren Behebung der sozialen Not und zur Beschaffung von Land für Siedlungszwecke mußte er jedoch Ende 1948 auf Verlangen der Militärregierung so entschärfen, daß es nicht zu grundlegenden Eingriffen in die überkommene Eigentumsordnung kam.

1949 kandidierte der Landwirtschaftsminister auch für den ersten Bundestag und wurde am 14. August 1949 im Wahlkreis Arnsberg-Soest gewählt. Er übte dieses Mandat – was damals noch möglich war – neben seinem Ministeramt und Landtagsmandat aus, leitete auch den Agrarausschuß des Bundestags. Ende September 1950 gab Lübke jedoch sein Bundestagsmandat wieder auf. Zum Jahresende 1952 schied der erfolgreiche Ressortchef aus der Regierung Karl Arnold aus. Er wurde von der Presse übereinstimmend mit ehrenvollen "Nachrufen" bedacht. Bei seinem Abschied bekannte er: "Als ich nach Düsseldorf kam, war ich ein gesunder Mann; heute bin ich angeschlagen."

Zu Anfang 1953 übernahm Lübke eine weniger aufreibende Tätigkeit, das Amt eines Generalanwalts des Deutschen Raiffeisenverbands in Bonn. Er rechnete offensichtlich damit, später einmal als Nachfolger von Andreas Hermes den Vorsitz dieses angesehenen Verbands übernehmen zu können. Nach dem Wechsel in die Bundeshauptstadt begann Lübke mit dem Bau eines Hauses auf dem Venusberg, das er 1954 bezog und bis zu seinem Tode bewohnte. Walter Henkels beschrieb es 1959 so: "Es sieht aus wie das westfälische Landhaus eines





Heinrich Lübke im Kreise seiner nordrhein-westfälischen Kabinettskollegen aus dem ersten Kabinett Arnold (Juni 1947)

- 1: Erik Nölting (SPD): Wirtschaft
- 2: Heinrich Weitz (CDU): Finanzen
- 3: Heinrich Konen (CDU): Kultus
- 4: Karl Arnold (CDU): Ministerpräsident
- 5: Hugo Paul (KPD): Wiederaufbau
- 6: Walter Menzel (SPD): Inneres
- 7: Rudolf Amelunxen (Zentrum): Soziales
- 8. Gustav Heinemann (CDU): Justiz
- 9: Heinz Renner (KPD): Verkehr
- 10: Heinrich Lübke (CDU): Ernährung, Landwirtschaft, Forsten
- 11: August Halbfell (SPD): Arbeit

bemittelten Kleinfabrikanten, der Geschmack hat bis zum letzten i-Pünktchen, selbst in der Innenarchitektur."

Im Juli 1953 zeichnete die Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Bonn Lübke mit der Würde eines Ehrendoktors aus, in Anerkennung seines "von menschlichem Verstehen, staatsmännischer Klugheit und tiefer Sachkenntnis geprägten Wirkens im volksreichsten Land der Bundesrepublik". Dort habe er, so hieß es weiter in der Verleihungsurkunde, in Zeiten des Hungers und der Not "für breite Schichten die physische Existenz und für alle den sozialen Frieden" retten geholfen, dem Wiederaufbau der Landwirtschaft "erfolgreich gedient und so im Ganzen ein Werk von geschichtlichem Rang geschaffen". 12

Zwei Monate später endete bereits Lübkes kurzes "Gastspiel" beim Raiffeisenverband. Seine Tätigkeit als "Generalintendant des Genossenschaftswesens" (so Lübke einmal 1959) hatte ihn wegen des begrenzten Gestaltungsspielraums und verbandsinterner Querelen wenig befriedigt. Der Düsseldorfer Landtagsabgeordnete kandidierte auch für die Wahl in den zweiten Bundestag, aber nicht mehr in seinem früheren Wahlkreis Arnsberg, in den inzwischen Ernst Majonica nachgerückt war, sondern im Wahlkreis Rees-Dinslaken, und erreichte das Mandat. Auf Vorschlag von Hermes berief ihn dann Adenauer in seine zweite Regierung als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Der Kanzler hatte sich zunächst gegen die Aufnahme Lübkes gesträubt. Er kannte ihn aus der gemeinsamen Fraktionszugehörigkeit in Düsseldorf (bis 1949) und hielt ihn für einen "Bodenreformer", der ihm politisch zu weit "links" stand. Lübkes Düsseldorfer Landtagsmandat endete 1954, mit Ablauf der zweiten Wahlperiode.

#### V.

Der neue Ressortchef verschaffte sich rasch eine feste Position im Bonner Kabinett und setzte sich auch wiederholt gegen die einflußreiche Interessenvertretung des Deutschen Bauernverbands durch. Zunächst hielt er an der seit 1949 praktizierten "Marktordnungspolitik" seines Vorgängers Wilhelm Niklas (CSU) fest, um die vom "Wirtschaftswunder" keineswegs erfaßte Landwirtschaft nicht zu unvermittelt der "Sozialen Marktwirtschaft" zu überlassen. Wenngleich sich – wie Heuss später einmal formulierte<sup>13</sup> – Adenauer und Lübke "menschlich nicht leiden konnten", so übernahm ihn der Kanzler dennoch 1957 in sein drittes Kabinett, dieses Mal gegen massiven Protest des Bauernverbands, dessen Präsident Edmund Rehwinkel polterndes Auftreten gegenüber dem "grünen Heinrich" liebte.

Lübke forcierte die Modernisierung der Landwirtschaft. Durch Rationalisierung und Technisierung, Flurbereinigung und Aussiedlung beschleunigte er den Umbau der Agrarstruktur, mit dem sich die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbesserten. Der Minister bereitete die Landwirtschaft auf ihre künftige Rolle im gemeinsamen europäischen Agrarmarkt vor, in dessen Gefolge eine Verbilligung von Getreide zu erwarten war. Den Höhepunkt seines

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Chronik und Bericht über das Akademische Jahr 1952/53, Bonn 1953, S. 43.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> 23. Januar 1962. Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955/1963, hg. von Eberhard Pikart, Tübingen 1970, S. 502.

Wirkens bildete die im Bundestag einstimmig erfolgte Annahme des Landwirtschaftsgesetzes vom September 1955. Auf der Grundlage jährlicher "Grüner Berichte" leistete die Bundesregierung künftig im Rahmen eines "Grünen Planes" gezielte Finanzhilfen zugunsten der Landwirtschaft. Zwei Jahre später gelang Lübke mit der gesetzlichen Einführung einer Altershilfe für Landwirte ein bedeutsames sozialpolitisches Reformwerk.

Auch nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) und des Gemeinsamen Agrarmarkts (mit langjähriger Übergangsfrist) hielt Lübke daran fest, die kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe durch gezielte Arbeitsteilung so zu fördern, daß der Familienbetrieb erhalten blieb. Die inzwischen begonnene Abwanderung aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige verlief ohne soziale Erschütterungen.

An dieser Stelle seien einige Worte über den Arbeitsstil des selbstbewußten, aber auch eigenwilligen Ressortchefs eingefügt. Lübke war unfähig, zu delegieren und suchte stets so viel wie möglich selbst zu erledigen. Mit dieser Methode, aber auch mit seiner umständlichen Arbeitsweise strapazierte er die Kraft und den guten Willen seiner Mitarbeiter. Vorbereitete Redeentwürfe, die er gern auch von externen Experten erbat, pflegte er endlos zu korrigieren. Er suchte seine Reden mit möglichst vielen Daten und Statistiken abzusichern, brachte sie (und sich) damit aber häufig um die angestrebte Wirkung. Ihm kam es darauf an, zu überzeugen, nicht rhetorisch zu glänzen. Er blieb, wie sein langjähriger Staatssekretär Theodor Sonnemann präzisiert hat, ein Zahlenfanatiker, "ein Geometer nicht nur von seinem Studium her, sondern auch in seiner Denkweise". Hezeichnend waren seine Spitznamen: "der grüne Heinerich" oder – wegen der "etwas überzogenen Gravität seines Auftretens" – "Heinrich der Lübke" (Friedrich Steding). Bereits 1958 klagte er über ein "zeitweise schlechtes Gedächtnis".

Den Höhepunkt seiner Laufbahn erreichte der 64jährige Unionspolitiker 1959, als er in Berlin, im zweiten Wahlgang, gegen den SPD-Kandidaten Carlo Schmid zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Seine Nominierung war die Folge von Adenauers überraschendem Rückzug von der Kandidatur für dieses Amt am 4. Juni. Dieser Schritt hatte ein politisches Erdbeben ausgelöst und eine hastige Suche nach einem "Ersatzmann" ausgelöst; denn die Bundesversammlung war inzwischen bereits zum 1. Juli nach Berlin einberufen. Unter diesem Druck einigten sich am 15. Juni nach fünfstündigen, teilweise dramatisch verlaufenen Beratungen im Palais Schaumburg die 57 Mitglieder eines informellen, von Adenauer geleiteten Findungsgremiums der beiden Unionsparteien auf Heinrich Lübke. Das geschah aber erst, nachdem zwei andere, zunächst stärker favorisierte Kandidaten deutlich "abgewunken" hatten: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier – er wollte nicht im "goldenen Käfig von der Kampfbahn entfernt werden" 15 – und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Heinrich Krone.

Auf die Frage Adenauers, ob er die Kandidatur annehme, antwortete der von Krone aus seinem Ministerium telefonisch in das Palais Schaumburg herbeigebetene Landwirtschaftsminister: "Ich traue mir wohl zu, eine sachliche Aufgabe gut zu lösen, aber ich weiß nicht, ob ich einem so hohen Amte entspreche. Ich bin aber der Auffassung, daß jemand, dem dieses Amt einmütig angetragen wird, es im Interesse von Volk und Staat auch annehmen sollte."<sup>16</sup> Der Bundeskanz-

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Gestalten und Gedanken, Stuttgart 1975, S. 250.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit, Frankfurt a. M. 1981, S. 478.

<sup>16</sup> Nach dem umfangreichen Protokoll über die Sitzung des "Kurvereins" (Theodor Heuss), das ich gesondert zu veröffentlichen beabsichtige.

ler versprach ihm "in unser aller Namen", treu mit ihm in seinem "schweren Amt" zusammenarbeiten zu wollen. Zeitgenössische Kommentatoren würdigten den als "Lückenbüßer" (oder auch "Lübkenbüßer") apostrophierten Politiker übereinstimmend als "Mann des Ausgleichs", ausgezeichnet durch "Leistung und Charakter"; er bedeute für die deutsche Agrarpolitik, so hieß es am 18. Juni 1959 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", "ähnliches wie Ludwig Erhard für die Wirtschaftspolitik im allgemeinen".

Der "arme Heinerich", wie Franz Barsig ihn im "Vorwärts" bedauerte, war der plötzlich neugierig gewordenen Öffentlichkeit kaum bekannt. So ging eine Reihe biographischer Porträts und Schnellschüsse arg daneben. Lübke selbst entwickelte zwar recht eigenwillige Vorstellungen über "das Wesentliche einer Biographie", war aber keineswegs bereit, potentiellen Autoren die erforderlichen privaten Auskünfte zu erteilen. So veröffentlichte ein selbsternannter Volksschriftsteller aus Rietberg, Josef Küper, der sich bei Lübke brieflich als Verfasser von zwei Schelmenromanen ("Das Dukatenmännchen" und "Liebe, Lug und Trug") vorgestellt hatte, als erster den Lebensweg des neuen Präsidenten, zunächst als Fortsetzungsroman. Daraufhin platzte dem derart Porträtierten der Kragen. Der Noch-Bundesminister erreichte, daß der Vorabdruck als Fortsetzungsfolge in der Würzburger "Deutschen Tagespost" abgebrochen wurde. Anschließend setzte er Himmel und Hölle in Bewegung, um die Auslieferung des in einem Nürnberger Verlag bereits fertig produzierten Buches zu verhindern. Das ist ihm auch mit entsprechender Nachhilfe aus dem Reptilienfonds des Bundespresse- und Informationsamts gelungen.<sup>17</sup>

#### VI.

Seit dem 15. September 1959 amtierte Lübke als Bundespräsident in der Villa Hammerschmidt. Er wohnte aber weiterhin "aus Schlafgründen" in seinem Haus auf dem klimatisch günstiger gelegenen Venusberg in Bonn, "mein Rhöndorf", wie er in der ihm eigenen Selbstironie kommentierte. Das neue Staatsoberhaupt hatte keinen leichten Start. Spötter konstatierten die Ablösung des "Historikers" Heuss, wie dieser selbst berichtete, durch den "Landwirtschaftsexperten" Lübke als einen "Wechsel vom Humanismus zum Humus". Der erste Bundespräsident hatte Maßstäbe gesetzt; sein Nachfolger zu werden, war eine undankbare Aufgabe. Aber bereits Heuss hatte wiederholt – wenngleich nur privatim – seinem Ärger darüber Ausdruck verliehen, daß seine Aufgabe als "etwas zu harmlos" angesehen und als rein repräsentativ eingestuft würde. Dabei habe er doch – so einmal am 12. Januar 1953 – seine Funktion anfangs "sozusagen programmatisch unter das Stichwort "Entkrampfung" der Deutschen gestellt und hier, wie ich spüre, einiges erreicht". <sup>20</sup>

Lübke, den Heuss "in seiner sachlichen Arbeit und seiner menschlichen Redlichkeit"

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Vgl. die Einzelheiten bei Rudolf Morsey, Schwierigkeiten mit der Biographie eines Bundespräsidenten, in: Westfälische Forschungen 35 (1985), S. 167 f.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Th. Heuss, Tagebuchbriefe, S. 452 (wie Anm. 13).

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> 26. Juni 1959. Tagebuchbriefe, S. 446 (wie Anm. 13).

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> An Wilhelm Heile, in: Theodor Heuss, Politik durch Kultur 1949-1959. Katalog und Ausstellung Michael Kienzle und Dirk Mende, Stuttgart 1984, S. 129.

schätzte, hatte das höchste Staatsamt nicht erstrebt. Er übernahm es in der gleichen Bereitschaft zu patriotischer Pflichterfüllung wie 1947 das schwierigste Ressort in Nordrhein-Westfalen. Dem zwölf Jahre lang in der Exekutive tätigen Unionspolitiker, der Würde und Schlichtheit ausstrahlte, fehlten für die repräsentativen Aufgaben des Staatsoberhaupts Ausstrahlung und Eloquenz, auch ein intellektueller Habitus. Er war kein Mann des Wortes und der Feder, aber glaubwürdig bei den von ihm vorgetragenen Wertungen und Mahnungen. Lübke verleugnete weder seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen noch seine Konfession und sozial-konservative Grundhaltung. Für seinen von Selbstironie durchzogenen, oft hintergründigen Humor fand er nicht immer Verständnis.

Auch gelang es Lübke nicht – obschon er sich in der engeren Heimat seit fast 50 Jahren nur noch besuchsweise aufgehalten hatte –, den heimischen Dialekt zu verleugnen. Das trug ihm manches Lächeln, auch manchen Spott ein. Im Bonn der Ära Adenauer dominierte eine andere politische Hochsprache: das Schwäbische. Dieses Idiom von Heuss, Gerstenmaier, Erler, Carlo Schmid, Kiesinger aber klang in norddeutschen Ohren durchaus nach einem "Sommerfrischen-Dialekt".<sup>21</sup>

Der zweite Bundespräsident gewann allmählich Respekt, nicht nur bei den "kleinen Leuten" und im katholischen Volksteil, sondern auch bei solchen Kreisen, die Heuss eher gemieden hatte, etwa die Bundeswehr und die Vertriebenen. Lübke setzte von vornherein einen stärker politischen Akzent als sein Vorgänger und beanspruchte, ein Wächteramt auszuüben, das ihn verpflichte, jederzeit auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Mit sauerländischer Beharrlichkeit – er selbst nannte es Festigkeit – versuchte er, politisch mitzusprechen. Er legte Wert auf umfassende Unterrichtung durch einzelne Mitglieder der Bundesregierung wie durch Spitzenbeamte und Diplomaten. Er suchte an möglichst vielen Veranstaltungen in allen Regionen der Bundesrepublik teilzunehmen. Sein Prüfungs- und Ernennungsrecht nahm er ernst und erledigte Berge von Aktenvorlagen.

Die Legitimation für sein häufiges Eingreifen in das politische Tagesgeschehen fand er, ohne das öffentlich auszusprechen, in seinem Amtseid. Dieser verpflichtete ihn gemäß Artikel 56 des Grundgesetzes, seine "Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden". Seit Adenauers vierter Regierungsbildung von 1961, nach dem Bau der Berliner Mauer, drängte Lübke darauf, die SPD in die Verantwortung einzubeziehen. Er sträubte sich zunächst dagegen, den CDU-Politiker Gerhard Schröder zum Außenminister zu ernennen, den er für zu nachgiebig in der Berlinpolitik und zu sehr als "Atlantiker" geprägt hielt. Aus seiner Eigenwilligkeit resultierten Spannungen mit Adenauer; mit ihm kam es nicht, wie sich Lübke im November 1962 gegenüber Heuss brieflich beklagte, zu einer "fruchtbaren Zusammenarbeit". Das gelang ihm aber auch nicht im Verhältnis zu Adenauers Nachfolgern: ab Oktober 1963 Ludwig Erhard, und ab Dezember 1966 Kurt-Georg Kiesinger.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zitiert als Äußerung eines oldenburgischen Reichstagsabgeordneten der Weimarer Zeit, in: "Der Spiegel" 8. 9. 1949, S. 9 (im ersten Porträt über Heuss).

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Ein noch härteres Urteil über Adenauer am 25. Oktober 1962 bei Th. Heuss, Tagebuchbriefe (wie Anm. 13), S. 507. Die generelle Aussage von Karl Carstens, daß die gelegentlichen "Meinungsverschiedenheiten" zwischen Adenauer, Erhard und Kiesinger sowie Lübke "alle ohne großes Aufsehen ausgeräumt werden konnten" (Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard 1993, S. 537), trifft nicht zu.

Lübkes Versuch, nach der von Ludwig Erhard gewonnenen Bundestagswahl vom 19. September 1965 aktiv bei der Koalitionsbildung mitzuwirken, scheiterte, und führte nur zu einem Autoritätsverlust. Um eine erneute Ernennung Gerhard Schröders zum Außenminister zu verhindern, spielte Lübke mit dem Gedanken seines eigenen Rücktritts, von dem ihn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Gebhard Müller, schließlich abbrachte. Lübke erwartete, so ließ er dann am 26. Oktober 1965 das zur Überreichung der Ernennungsurkunden versammelte Bundeskabinett wissen, von den Mitgliedern der Regierung "bereitwillig und loyal" unterstützt zu werden, um seine Aufgaben nicht nur nach bestem Gewissen, "sondern auch nach bestem Wissen" ausüben zu können. Wenige Wochen später machte er kein Hehl daraus, daß er sein Amt nur mit "Märtyrergesinnung" ertragen könne. In einem – allerdings gegen seine Absicht am 24. Dezember 1965 in der "Weltwoche" (Zürich) veröffentlichten – Interview äußerte er erneut seine Vorliebe für eine Große Koalition. Darüber war Bundeskanzler Erhard so erbost, daß er den Bundespräsidenten bei dessen Neujahrsempfang am 4. Januar 1966 in aller Öffentlichkeit deutlich attackierte.

Lübke verstand sich als Präsident aller Deutschen und unterstrich diesen Anspruch durch demonstrativ häufige Besuche in West-Berlin. In der alten Reichshauptstadt hatte er sein 1944/45 zerstörtes Privathaus inzwischen wiederaufbauen lassen und vermietet. Besonders häufig von Berlin aus forderte Lübke immer wieder das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen. Es war und blieb sein "Hauptanliegen", ein "auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes wiedervereinigtes Deutschland" zu erreichen. In dieser Gesinnung proklamierte er am 11. Juni 1963 den 17. Juni – aus Anlaß des 10. Jahrestags des gescheiterten Volksaufstands in der DDR – zu einem "nationalen Gedenktag des deutschen Volkes". Er konnte jedoch in der Folge nicht verhindern, daß der Staatsfeiertag der Bundesrepublik zu einem nationalen Ausflugstag verkam.

Seine Überzeugung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands kommen werde, äußerte Lübke derart oft und selbstsicher, daß viele, in dieser Hinsicht zunehmend skeptischer gestimmte Zeitgenossen staunten. Ausländischen Staatschefs erteilte er gern entsprechenden Nachhilfeunterricht: Er verdeutlichte ihnen die Problematik der Teilung Deutschlands an Hand einer Landkarte. Sein ständiger Appell an die Weltöffentlichkeit, auch den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren – und es nicht nur, wie Adenauer 1962 einmal bitter formuliert hatte, für "Neger am Kongo oder im Inneren Afrikas" zu praktizieren<sup>24</sup> –, verärgerte die wachsende Gruppe der "Zweistaatler" in der Bundesrepublik und machte Lübke den Machthabern in der DDR verhaßt.

### VII.

Einen zweiten Schwerpunkt seiner Amtsführung setzte der Bundespräsident durch seinen frühen und ständigen Einsatz zugunsten der Entwicklungshilfe für Menschen in der Dritten Welt, und im Kampf gegen den Hunger. Seine häufigen Staatsbesuche – die ihm den

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Bulletin vom 29. Oktober 1965, S. 1397 (wie Anm. 6).

Adenauer, Teegespräche 1961-1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1992, S. 99 (8. Februar 1962).

Beinamen des "Reise-Präsidenten" eintrugen – galten vornehmlich den sogenannten Entwicklungsländern, die damals im Zuge der Entkolonialisierung dutzendweise entstanden. Deren Staats- und Regierungschefs erläuterte er geduldig die politische, rechtliche und moralische Begründung für den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland. Gleichzeitig suchte er sie dafür zu gewinnen, für dessen Wiedervereinigung einzutreten, nicht zuletzt im Rahmen ihrer UNO-Mitgliedschaft. In vielen Fällen warnte der Bundespräsident, mündlich und schriftlich, Staats- und Regierungschefs in Afrika und in Südostasien davor, die DDR – die er nur als Sowjetische (Besatzungs-)Zone bezeichnete – völkerrechtlich anzuerkennen. Damit erreichte er bei manchen schwankenden Regierungen sein Ziel, zumal dieses Petitum mit der Zusage entsprechend dosierter Wirtschaftshilfe verbunden war. Gerade in den Ländern der Dritten Welt gewann Lübke ein ganz ungewöhnliches Kapital an Vertrauen und Glaubwürdigkeit für die Bundesrepublik. Dazu trug seine natürliche Würde bei, aber auch seine spürbare Anteilnahme am Geschick der einzelnen Staaten bis hin zu konkreten Ratschlägen aus seiner Erfahrung als Agrarökonom.

Die insgesamt 37 Staatsbesuche – darunter drei (bis zu vierwöchige) Reisen nach Afrika und Südostasien, nach Mittel- und Lateinamerika – waren überaus strapaziös. Lübke hat deren physische Anforderungen mit einer von seiner Umgebung oft bestaunten Selbstdisziplin gemeistert. Dabei litt er neben Herzbeschwerden unter einem oft beschwerlichen Magenleiden, in ständiger Angst vor einer Krebserkrankung, die in seiner Familie verbreitet war.

Umso wichtiger blieb für Heinrich Lübke die Unterstützung durch seine tatkräftige und, trotz ihres höheren Alters, gesundheitlich robuste Ehefrau. Wilhelmine Lübke begleitete ihren Mann auf allen Staatsbesuchen und erleichterte durch ihre erstaunlichen Sprachkenntnisse den Brückenschlag ins Ausland. Sie hatte im Alter von 70 Jahren noch begonnen, Russisch zu lernen, und begann mit 80 das Schreibmaschineschreiben. (Lübke riet alten Freunden augenzwinkernd, seiner Frau bloß keine chinesische Grammatik zu schenken . . .)

Wilhelmine Lübke fühlte sich in der Villa Hammerschmidt so wohl, daß es offensichtlich ihr vor allem zu verdanken war, daß der inzwischen 69 Jahre alte Bundespräsident nach Ablauf seiner ersten Amtszeit erneut kandidierte. Spötter sprachen schon längst von einem neuen "Wilhelminischen Zeitalter". Der Bundespräsident betrachtete es als persönliche Genugtuung, daß seine Wiederwahl am 1. Juli 1964 in Berlin bereits im ersten Wahlgang erfolgte.

Dabei war er erneut, aber auf andere Art und Weise als 1959, für politische Zwecke instrumentalisiert worden. Die Sozialdemokraten hatten, unter dem Einfluß von Herbert Wehner, auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichtet, weil Lübke seit Jahren hartnäckig für die Bildung einer Großen Koalition eintrat, über die am ehesten eine Mitverantwortung für die Regierung und schließlich deren Führung erreichbar erschien. Zudem hatte die SPD-Spitze mit ihrer frühzeitigen Festlegung auf den Amtsinhaber der regierenden Mehrheit von CDU, CSU und FDP Schwierigkeiten bereitet und die noch von Adenauer geführte, zunächst unschlüssige CDU buchstäblich überrumpelt und zum Nachziehen gezwungen.

Mit dem Amtsbeginn der Regierung der Großen Koalition, im Dezember 1966, war ein politisches Traumziel Lübkes erreicht. Er hielt weiterhin enge persönliche Fühlung mit Herbert Wehner, dem neuen Minister für gesamtdeutsche Fragen. Der SPD-Politiker wurde für den Bundespräsidenten zu seiner wichtigsten Stütze im Kabinett, zumal nach dem Ausscheiden von Innenminister Paul Lücke (CDU) im März 1968. Hingegen kühlte sich

Lübkes jahrelang gutes Verhältnis zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit 1964, Rainer Barzel, ab. Inzwischen war der Bundespräsident innerlich längst dem Parteienpluralismus entrückt und von der Bedeutung seines Amtes ergriffen, auf dessen protokollarische Beachtung er großen Wert legte. Er ließ nicht von seinen eigensinnigen Versuchen ab, politisch mitzumischen und in missionarischem Eifer zu belehren. Dabei schwanden infolge einer Arteriosklerose nun auch seine geistigen Kräfte, häuften sich Versprecher und Peinlichkeiten bei seinem öffentlichen Auftreten. Die beiden letzten Jahre in der Villa Hammerschmidt wurden für Lübke zu einem Leidensweg.

1965 hatte die Weigerung des Bundespräsidenten, einen Berliner Senatsrat — entgegen dem Votum des Richterwahlausschusses und des Bundesministers der Justiz — zum Richter am Bundesgerichtshof zu ernennen, weil der Betreffende politisch belastet war, den lautstarken Beifall der Medien gefunden. Hingegen machte Lübkes Weigerung, der literarisch verdienten, aber mit kommunistischen Ehrungen überhäuften Pazifistin Clara Maria Faßbinder 1967 die erforderliche Genehmigung zu erteilen, einen ihr verliehenen französischen Orden anzunehmen, negative Schlagzeilen. Dabei beruhte seine Entscheidung auf amtlich korrekt eingeholten, entsprechend negativ ausgefallenen Informationen der zuständigen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (über Faßbinders Ostkontakte). Diese Vorgeschichte aber mußte das Bundespräsidialamt der Öffentlichkeit verschweigen. So wurde Lübke zum erzkonservativen Prügelknaben der Protagonisten des vermeintlich aufgeklärten, "progressiven" Teils der Nation.<sup>25</sup>

#### VIII.

Inzwischen lag er auch unter gezieltem Beschuß der DDR-Führung. Deren Propagandisten, von SED-Chefagitator Albert Norden im Einvernehmen mit Ulbricht gesteuert, bestritten Lübkes politische Integrität in der Zeit des Dritten Reiches. Seit 1966 verleumdeten sie ihn in einer Abfolge internationaler Pressekonferenzen, gefolgt von entsprechenden Publikationen, wegen seiner Tätigkeit in der "Baugruppe Schlempp" während der Kriegszeit gebetsmühlenartig als "KZ-Baumeister". Als Beleg ihrer Kampagne dienten Unterschriften bzw. Paraphen des "Bauleiters" Lübke von 1944 ausschließlich unter Bauskizzen für Wohnbaracken, ergänzt durch entsprechend präparierte Aussagen dubioser Zeugen. Die Bundesregierung nahm die von ihr nicht nachprüfbaren Vorwürfe, die jegliches Verständnis für Lebensbedingungen und Überlebensmöglichkeiten im totalitären Hitler-Regime vermissen ließen, zunächst nicht ernst.

Der Bundesminister des Innern, Paul Lücke (CDU), bezeichnete die von der SED vorgelegten Dokumente mit Lübkes Unterschriften zunächst global als gefälscht, nachdem das Bundeskriminalamt punktuelle Fälschungen nachgewiesen hatte. Der Bundespräsident konnte sich nicht daran erinnern, jemals Bauzeichnungen unterschrieben zu haben, wollte es allerdings auch nicht gänzlich ausschließen. Er war weder Architekt gewesen, noch auch – wie auf einigen der gegen ihn ins Feld geführten Schriftstücken vermerkt – "Dipl.-Ing.", sondern Verwaltungsleiter. Er selbst besaß keinerlei eigene Unterlagen. Hingegen bestätigten

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Vgl. "Der Spiegel" 23. 1. 1967, S. 16–18.

frühere Mitarbeiter der "Baugruppe Schlempp", angefangen von Walter Schlempp, dem Lübke freundschaftlich verbunden geblieben war, übereinstimmend dessen regimekritische Haltung während der Kriegszeit.

Dem Drängen des Bundespräsidenten, die Vorwürfe klären zu lassen, kam die Bundesregierung nicht nach. Sie riet ihm weiterhin davon ab, gerichtlich gegen seine "Verunglimpfung" im Sinne des Strafgesetzbuchs (§ 95) vorzugehen. Nicht nur die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder verwiesen auf verhängnsivolle Erfahrungen im Zusammenhang mit der Rufmordkampagne gegen Friedrich Ebert; der erste Reichspräsident – dessen Tätigkeit Lübke wiederholt positiv gewürdigt hatte – war 1925 einem der zahlreichen Prozesse, die er gegen politische Verleumder angestrengt hatte, zum Opfer gefallen.<sup>26</sup>

Nach langem Tauziehen zwischen dem Präsidialamt und dem Bundeskanzleramt nahm Lübke am 1. März 1968 in einer auf Wunsch von Bundeskanzler Kiesinger schließlich erheblich verkürzten Rundfunk- und Fernseherklärung zu den "Verleumdungen" und Beschuldigungen Stellung. Dabei bezeichnete er sie pauschal als "widerlegt"; die "Baugruppe Schlempp" habe seinerzeit keinerlei Einrichtungen "geplant oder sonst bearbeitet, die den Charakter eines Konzentrations- oder Sträflingslagers hatten".<sup>27</sup> – In seiner Traueransprache beim Staatsakt für Heinrich Lübke am 13. April 1972 erklärte sein Amtsnachfolger Gustav Heinemann: Was man Lübke für die Verflechtung "aller Deutschen in Hitlers Kriegsmaschinerie" habe anlasten wollen, gehe "weit über das hinaus, was seine berufliche Tätigkeit während des Krieges tatsächlich bedeutet hat".<sup>28</sup>

In der Bundesrepublik wurde die kommunistische Propaganda, für deren Verbreitung die DDR auch die ihr erreichbaren "Bruderstaaten" selbst in Übersee nutzte, zunächst nur von kleinen, mit der SED sympathisierenden Zirkeln – teilweise vom Westbüro des Zentralkomitees der SED entsprechend munitioniert – aufgegriffen und verbreitet. Zu einem Politikum wurde die Verleumdungskampagne erst, als die von der DDR entsprechend mit "Dokumenten" versorgte "linke Tendenzpresse" – wie sie Karl Carstens konkreter bezeichnet hat<sup>29</sup> – darauf sprang und sie medienwirksam verstärkte.<sup>30</sup> Die von den Hamburger Magazinen "Spiegel" und "Stern" wachgehaltene Aktion erreichte im Frühjahr 1968 ihren Höhepunkt. Die gleichen Blätter waren es dann auch, die nunmehr eine harmlose Sache – die ihren Redaktionen übrigens lange bekannt war – zu einem Politikum aufbauschten und gegen den Bundespräsidenten ausschlachteten. Sie "enthüllten" das Alter Wilhelmine Lübkes, das sie bis dahin mehr oder weniger hatte verheimlichen können. Sie galt quasi "amtlich" als zehn

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Bundespräsident Roman Herzog hat vor wenigen Wochen Ebert gewürdigt, der "von einer Meute infamer und publizistischer Gegner systematisch in Vereinsamung und Tod getrieben worden" sei. Geleitwort, in: Friedrich Ebert in Schwarzburg. Aus Anlaß des 75. Jubiläums der Weimarer Verfassung, hg. vom Landkreis Rudolstadt/Thüringen, Rudolstadt 1994, S. 1.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Bulletin vom 2. März 1968, S. 221 (wie Anm. 6).

<sup>28</sup> Bulletin vom 14. April 1972, S. 304 (wie Anm. 6).

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Erinnerungen und Erfahrungen (wie Anm. 22), S. 377.

<sup>30</sup> Im Manuskript meines Artikels zum Gedenken an den hundertsten Geburtstag von Heinrich Lübke in der "Süddeutschen Zeitung" vom 14. Oktober 1994 hieß es an dieser Stelle: "Schließlich verstärkte die "linke Tendenzpresse" in der Bundesrepublik – wie Karl Carstens in seinen Memoiren mit Bitterkeit formuliert hat – die Rufmordkampagne." Die Redaktion hat diesen Satz folgendermaßen umformuliert: "Schließlich verstärkte ein Teil der Presse die Rufmordkampagne."

Jahre jünger, weil sie einen Schreibfehler der Paßbehörde 1947 lange Zeit nicht korrigiert hatte (das war aber inzwischen, 1964, geschehen). (Die Tatsache, daß sich lange vorher auch Elly Heuss-Knapp "verjüngt" hatte – allerdings nur um sechs Jahre, dafür aber ohne spätere Korrektur –, blieb unerwähnt.)

Am Vorabend der Studentenrevolte von 1968, einer "Bewußtseinsrevolution"<sup>31</sup> im Gefolge innenpolitischer Erschütterungen seit Bildung der Großen Koalition, wirkte das Staatsoberhaupt auch in der Vertretung christlich-konservativer Werte altmodisch und rückständig. Lübke war den mit Macht vorwärtsdrängenden "progressiven" Kräften und ihren Politmagazinen, die teilweise nicht nur für eine andere Regierung, sondern für eine andere Republik agierten und massiv die Anerkennung der "Realitäten", also der Zweistaatlichkeit Deutschlands, befürworteten, unbequem geworden. Er wiederum verstand die gegen ihn gestartete "Rufmordaktion" als konzentrierten Angriff auf die Autorität des Amtes und auf das Ansehen des Staates. Er nahm die Zeichen der Zeit nur noch begrenzt wahr, wollte jedoch nicht durch einen auf Druck der SED erzwungenen Amtsverzicht gleichsam ein Schuldbekenntnis ablegen.

So sträubte er sich lange Zeit gegen die immer drängender erhobene Forderung, vorzeitig von seinem Amt zurückzutreten. Mit dieser Haltung verärgerte der Bundespräsident auch alte Freunde. Sie wollten mit ihrem wohlgemeinten Rat zum Rücktritt unter Hinweis auf seinen in der Tat schlechten Gesundheitszustand – eine Begründung, die Kiesinger und Wehner unterstützten, ohne ihrerseits aktiv zu werden – ein weiteres Absinken seines angeschlagenen Ansehens verhindern.

Erst nach monatelangem Tauziehen gab der Bundespräsident am 14. Oktober 1968, an seinem 74. Geburtstag, schließlich seine Bereitschaft bekannt, sein Amt zum 30. Juni 1969 niederzulegen. Die offizielle Begründung für diese um zweieinhalb Monate verkürzte Amtszeit lautete: um den Termin der Wahl seines Nachfolgers nicht – was anderenfalls eingetreten wäre – mit dem der Wahl des nächsten Bundestags zusammenfallen zu lassen.<sup>32</sup>

So konnte die Bundesversammlung um fünf Monate vorgezogen werden und bereits am 5. März 1969 in Berlin zusammentreten. Sie entschied sich im dritten Wahlgang für den gemeinsamen Kandidaten der SPD und FDP, den sozialdemokratischen Justizminister Gustav Heinemann, der seine Wahl als ein "Stück Machtwechsel" verstand. Er trat sein Amt bereits zum 1. Juli 1969 an.

## IX.

Lübke verließ die Villa Hammerschmidt im Alter von 74 Jahren. Es bedurfte einiger Bemühungen aus dem Bundeskanzleramt, ihm nach seinem Ausscheiden einen Dienstwagen mit Fahrer zur Verfügung zu stellen. Er lebte seitdem zurückgezogen in seinem Haus in Bonn, wo er noch Berge von Post erhielt, aber zusehends vereinsamte. Seine frühere Absicht, noch ehrenamtlich für die FAO, die für Fragen der Ernährung und Agrarstruktur zuständige Organisation der UNO in Rom, tätig werden zu können, ließ sich nicht realisieren. Als

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> So Arnulf Baring, Machtwechsel, Stuttgart 1982, S. 45.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Bulletin vom 16. Oktober 1968, S. 1131 (wie Anm. 6).

Heinrich Lübke im November 1971 zum letzten Mal seinen Geburtsort Enkhausen besuchte, war er bereits von schwerer Krankheit gezeichnet. Eine akute Magenoperation Anfang April 1972 ergab dann einen weit fortgeschrittenen Magenkrebs: "Die Befürchtungen, die Lübke jahrzehntelang mit sich herumgetragen hatte", während seine Ärzte allerlei andere Befunde diagnostizierten, "hatten sich auf eine tragische Weise bestätigt".<sup>33</sup> Der Bundespräsident a. D. – wie er sich selbst tituliert sehen wollte – starb am 6. April 1972 in Bonn und fand sein Grab auf dem Friedhof seiner Heimatgemeinde Enkhausen. Unmittelbar gegenüber errichtete die Stadt Sundern einige Jahre später das "Heinrich-Lübke-Haus".

Die hervorstechendsten Wesensmerkmale dieses christlich-demokratischen und agrar-sozialen Politikers waren ausgeprägte, aber unpathetische Pflichterfüllung und das Bestreben, vornehmlich den im Leben benachteiligten Mitbürgern zu helfen. Anläßlich seines 70. Geburtstags bekannte er, er sei nie glücklicher gewesen, als wenn er "jemandem habe helfen können".

Heinrich Lübke kam, wie er selbst bekannt hat, von einem "kleinen Dorf aus dem Sauerland und von kleinen Leuten". Er hat das höchste Staatsamt in der Bundesrepublik Deutschland, das er nicht erstrebte, in Rechtschaffenheit und Gewissenhaftigkeit, aber auch mit Eigensinn geführt, "treu und redlich, aber ohne den Glanz, den Theodor Heuss ihm gegeben hatte", wie es Carlo Schmid später einmal umschrieben hat, ergänzt um das Urteil: "Heinrich Lübke und seine Frau . . . haben ein Stück Deutschland vergegenwärtigt, das ehrenwert ist."<sup>34</sup>

Erst viel später ist deutlich geworden, daß und womit der zweite Bundespräsident – der an der Verleumdungskampagne schließlich zerbrochen ist – viel stärker in die Zukunft hineingewirkt hat, als das seinerzeit erkennbar war. Seine Modernität bestand in seinem Einsatz zugunsten der Altershilfe und des Naturschutzes – als damalige Form des Umweltschutzes –, in seinen beschwörenden Aufrufen zur Milderung des Hungers in der Welt, in seinem frühen Einsatz für weltweite Entwicklungshilfe, aber auch in seinem Bekenntnis zum "einfachen Leben" in überschaubaren Größen. Als er am 11. Juni 1963 den 17. Juni zum "Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes" proklamierte, mündete seine Begründung in die Prophetie: "Wir sind ganz gewiß: Was zusammengehört und zusammen war, wird auch wieder zusammenkommen."<sup>35</sup>

Frappierend bleibt zu verfolgen, mit welch innerer Sicherheit dieser sauerländische Politiker und deutsche Patriot daran geglaubt und der Überzeugung unbeirrt Ausdruck verliehen hat, daß Deutschland wiedervereinigt werden würde. Gerade diese deutschlandpolitische Aktivität, deretwegen ihn die "Zweistaatler"<sup>36</sup> diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs so heftig attackierten, muß bei einer Gesamtwürdigung seiner Persönlichkeit und seiner Amtszeit als Bundespräsident entschieden höher veranschlagt werden, als das bisher der Fall gewesen ist.

<sup>33</sup> Th. Sonnemann, Gestalten (wie Anm. 14), S. 139.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Carlo Schmid, Erinnerungen, München 1979, S. 675.

<sup>35</sup> Bulletin vom 12. Juni 1963, S. 897 (wie Anm. 6).

<sup>36</sup> Hans-Peter Schwarz, Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 44 (1993), S. 683-704.